tischen Grundsätzen widerspricht, sondern auch, wie die Erfahrung beim Jesuiten- und Sozialistengesetz gelehrt hat, mehr schadet als nützt.

Die Zwangsanleihe.

Der Steuerausschuß des Reichstages konnte das Zwangsanleihegesetz am 8. Juli nicht in zweiter Lesung beraten, da infolge des Buchdruckerstreiks, dem sich auch die Reichsdruckerei angeschlossen hatte, obwohl die Forderungen dort bewilligt waren, der Bericht nicht gedruckt vorlag. Die zweite Lesung fand daher erst am 10. Juli statt. Bei der ersten Lesung war der Betrag der Anleihe in Papiermark auf 60 Milliarden festgesetzt. Ein Antrag des Demokraten Fischer, der festsetzen will, wie hoch sie sich in Papiermark belaufen soll, wurde bis zur Klarstellung der übrigen Bestimmungen zurückgestellt, da unter Umständen den sozialistischen Wünschen, die Anleihe mit Rücksicht auf die fortschreitende Geldentwertung auf einen höheren Betrag festzusetzen, entsprochen werden soll, falls dies erforderlich ist, um den wirklichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Angenommen wurde ein Antrag Fischer, daß, wenn eine Gesellschaft an einer anderen mit mehr als ein Fünftel beteiligt ist, diese Beteiligung nicht anleihezeichnungspflichtig ist. Anträge beim Tarif, die Pflicht zur Zeichnung bei juristischen Personen zu ändern, wurden abgelehnt. Sie haben also nur die Hälfte zu zeichnen wie physische Personen. Dadurch soll die Härte einer Doppelbesteuerung des Aktionärs und der Aktiengesellschaft ausreichend gemildert sein. Ueber die demokratischen Anträge zur Vorauszeichnungspflicht aus der ersten Lesung wurde noch nicht abgestimmt. Auf Anfrage des Demokraten Fischer erklärte ein Vertreter des Finanzministeriums, daß hinsichtlich der im Vermögenssteuergesetz aufgenommenen Verpflichtung juristischer Personen, die Hälfte des Reichsnotopfers nochmals zu zahlen, die Handhabung einiger Finanzämter bei dieser Hälfte Zinsen hinzuzurechnen, irrtümlich sei. Die Finanzämter seien bereits entsprechend angewiesen.

Eisenbahnerstreik und Amnestie.

In der interfraktionellen Besprechung der Regierungsparteien wurde auch die Behandlung der Strafsachen bei dem Disziplinarverfahren aus dem Eisenbahnerstreik erörtert. Die Demokraten legten entschieden Wert darauf, die Disziplinarverfahren schneller erledigen zu lassen als bisher. Die beteiligten Eisenbahnbeamten beziehen während der Dauer des Verfahrens nur die Hälfte ihres Gehaltes, durch die Verzögerung der Verfahren leiden die Familien der betroffenen Beamten sehr schwer. Im übrigen wandten sich die Demokraten gegen die Einbeziehung der Straftaten und Disziplinarfälle aus dem Eisenbahnerstreik in das jetzt vorliegende Amnestiegesetz; sie wünschen aber, daß nach Beendigung der Verfahren der Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht weitmöglichsten Gebrauch macht. Bei dieser Gelegenheit teilte der Reichseisenbahnminister mit, daß an dem Eisenbahnerstreik insgesamt 115 000 Beamte beteiligt gewesen sind. Gegen 124 von ihnen schwebt zur Zeit nur ein Disziplinarverfahren, 146 sind gekündigt. Von Massendisziplinierungen kann daher keine Rede sein.

Kleine politische Meldungen.

Das Gesuch um ein Moratorium. Die Reichsregierung hat, wie wir schon meldeten, sich entschlossen, ein Moratorium von der Entente zu erbitten. Die Verhandlungen, zu denen die Finanzsachverständigen Fischer, Schröder und Bergmann in Paris eingetroffen sind, scheinen einen gewissen Erfolg zu versprechen. Allerdings wird Frankreich wohl die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um Maßnahmen zur Finanzkontrolle Deutschlands zu verlangen.

Die Reichsregierung gegen weitere Demonstrationen. Die Reichsregierung hat die Berliner Gewerkschaften erneut dringend gewarnt, am Dienstag Demonstrationen zu veranstalten, da die Gefahr neuer Unruhen vorliegt. Die Polizei ist angewiesen, bei Demonstrationen gegen Gewalttätigkeiten einzuschreiten. Anscheinend wollen gewisse Kreise mit den Demonstrationen auch Gehaltsaufbesserungen durchsetzen. Die Regierung bemüht sich auch sehr nachdrücklich für die Beendigung des Berliner Zeitungsstreiks, der ihr gefahrdrohend zu werden beginnt.

Heute Entscheidungstag für die Demokraten. Heute, Dienstag, den 11. Juli vormittag finden gemeinschaftliche Beratungen der demokratischen Reichstagsfraktion und der demokratischen Fraktion des preußischen Landtages über die politische Lage statt. Am nachmittage tritt der Parteivorstand zu gleichem Ziele zusammen. Die Entscheidung, soweit sie die Demokraten betrifft, erfolgt also heute.

Das Steigen des Dollars. Der Dollar setzt mit Schwankungen seine Aufwärtsbewegung fort. Die Gründe sind im wesentlichen in der Unsicherheit der innerpolitischen Lage zu suchen. Dem Steigen des Dollars folgt natürlich ein Anziehen der Preise aller Lebensbedürfnisse. Eine Steigerung des Dollars war nach der Ermordung Rathenaus vorauszusehen; daß sie aber diese unerhörten Auftrieb genommen hat, liegt daran, daß die Sozialdemokratie, aus parteitaktischen Erwägungen eine innere Krisis heraufbeschworen hat und an dem Buchdruckerstreik, da bei dem Nichterscheinen der großen, nichtsozialistischen Blätter unsinnigsten Gerüchten Tür und Tor geöffnet ist.

Die Berliner Buchdrucker für Streikfortsetzung. Die Generalversammlung der Buchdrucker, die gestern vormittag tagte, beschloß, den Streik in der bisherigen Form weiterzuführen. Alle Anträge auf Aenderung der Taktik wurden abgelehnt. Wie bisher soll nur die Arbeiterpresse erscheinen. Alle anderen Betriebe sollen im Ausstande verharren.

Die Streikgefahr im Ruhrbergbau. Die Lage im Ruhrkohlenbergbau wird als überaus ernst angesehen. Am 14. Juli findet in Dortmund eine Revierkonferenz der Bergarbeiter statt, die zu dem Ergebnis der heute beginnenden Verhandlungen Stellung nehmen wird. Bei einem Mißerfolg soll dann am 15. Juli der Versand der Kündigungsscheine an die Werke erfolgen, was gleichbedeutend wäre mit der Streikankündigung für den 1. August. Es muß betont werden, daß zwar die Kündigungsaktion nur von dem sozialdemokratischen Allgemeinen Bergarbeiterverbande ausgeht, daß aber die Forderungen der Bergarbeiter von allen Verbänden, auch den christlichen und polnischen, gedeckt werden.

Radikale Strömungen in Bayern. Aus München liefen bei einigen Berliner Industriellen im Laufe des gestrigen Vormittags alarmierende Meldungen über die Haltung der bayrischen Arbeiterkreise ein. Angeblich sollen sie in einigen Industriezentren bereits zur entscheidenden Tat übergehen wollen. Die Tatsache, daß die Reichswehr sich angeblich auf Manöver befinde, soll bei diesem Plan eine gewisse Rolle spielen.

Polen feiert den Raub in Oberschlesien. Polen plant für den 16. Juli eine große Feier in Kattowitz, um den Raub der oberschlesischen Gebiete zu feiern. Aus ganz Polen werden Vertreter erscheinen, ebenso nicht weniger als 50 Sejmabgeordnete. Selbst durch Heranziehen großer Mengen von Delegationen aus den wirklich polnischen Gebieten wird es nicht gelingen, in der urdeutschen Stadt Begeisterung für die Einordnung in die polnische Wirtschaft zu entfachen.

Sturz des neuen polnischen Kabinetts. Der polnische Sejm hat mit 201 Stimmen der Rechten und eines Teiles des Zentrums gegen 195 Stimmen der Linken und des anderen Teiles des Zentrums das von den Nationaldemokraten eingebrachte Mißtrauensvotum für das neue Kabinett Sliwinski angenommen.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika nimmt bedrohliche Formen an, weil die Eisenbahngesellschaften zum Ersatz der Ausständigen Hindus beschäftigen. Eine Reihe von Bahnhöfen hat infolgedessen militärisch besetzt werden müssen. Der Streik kommt der amerikanischen Regierung, die trotz allen Widerstrebens nach ihrer Teilnahme am Kriege in die europäischen Händel verwickelt bleibt, höchst ungelegen, zumal die Krisis in Deutschland ihre Aufmerksamkeit stark in Anspruch nimmt. Der Präsident hat daher eine Warnung dahingehend erlassen, daß Amerika erst das eigene Haus in Ordnung bringen müsse, wenn es seiner Pflicht, den Wiederaufbau der Welt zu fördern, nachkommen wolle.

Von Stadt und Land.

Aue, 11. Juli 1922.

Aufruf!

Trotzdem die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften sich anscheinend entschlossen haben, auf eine dritte Wiederholung der Straßenkundgebungen zu verzichten, werden in einzelnen Landesteilen Generalstreiks, Teuerungskundgebungen usw. geplant. Offenbar haben die verantwortungsbewußten Führer den Einfluß auf einen Teil der Masse verloren. Unverantwortliche Führer suchen die Masse an sich zu ziehen.

Die Demokratische Partei lehnt wiederholt jede Gemeinschaft mit solchen Straßenveranstaltungen und jede Verantwortung für solche ab. Wer sich an Kundgebungen dieser Art beteiligt, entfernt sich von der demokratischen Staatsauffassung und dient der Gewaltpolitik, die letzten Endes immer reaktionär ist.

Wir ersuchen alle demokratischen Republikaner, jede Beteiligung an solchen Kundgebungen abzulehnen. Wir ersuchen, sich dem Terror der Putschisten mit allen Mitteln zu widersetzen. Wir ersuchen, die Arbeit auf jeden Fall weiterzuführen. Von der Staatsgewalt erwarten wir, daß sie jeder Störung der Ordnung, möge sie von rechts oder links kommen, rücksichtslos entgegentritt.

Die Deutsche Republik muß, ohne Schwanken nach rechts und links, Ruhe, Ordnung und Sicherheit aller Staatsbürger erzwingen können.

Die Parteileitung der Demokratischen Partei.

* * *

Weitere Vereinsverbote. Das Ministerium des Innern hat auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik den Deutschnationalen Offiziersbund mit allen Bezirks- und Ortsgruppen verboten und aufgelöst.

Gegen die Reaktion in den Schulen. Eine Verordnung des sächsischen Kultusministeriums macht es allen Lehrkräften der staatlichen Schulen zur unbedingten Pflicht, ihre Berufstätigkeit im Geist der republikanischen Staatseinrichtungen auszuüben. Jede zuwiderlaufende Beeinflussung der Schüler und Schülerinnen ist verboten. Jede Herabsetzung und Verächtlichmachung von Angehörigen einzelner Bekenntnisse und Rassen muß unterbleiben. Die Verordnung über das Tragen politischer Abzeichen durch Schüler findet auch auf Lehrkräfte Anwendung. Die Schülerbibliotheken sind ungesäumt von Büchern zu reinigen, die die Republik zu schädigen geeignet sind, insbesondere eine Verherrlichung der Monarchie oder verfassungsfeindlicher Einrichtungen enthalten. Die zunächst verantwortlichen Stellen sowie die Aufsichtsorgane der Schulen sind verpflichtet, nötigenfalls Anzeige zu erstatten. Lehrkräfte, die dieser Verordnung zuwiderhandeln, oder Vereinigungen angehören, die einen Umsturz der republikanischen Staatsform zum Ziele haben, haben ihre Entlassung aus dem Schuldienste zu gewärtigen. Schüler und Schülerinnen, die der Verordnung zuwiderhandeln, sind mit den strengsten Schulstrafen zu belegen.

Lohngelder. Unsere Reichsbanknebenstelle bittet alle Arbeitgeber, ihren Bedarf an Lohngeldern an einer Stelle aufgeben zu wollen. Nur dadurch ist in der Zeit der Geldknappheit eine geregelte Verteilung möglich. Lohngelder bei mehreren Stellen anzumelden ist zwecklos, denn es wird verhindert werden, daß sich ein Arbeitgeber einen höheren Prozentsatz an Lohngeldern, als ihm zur Zeit ausgezahlt werden, verschafft, oder sogar in die Möglichkeit versetzt wird, für die kommende Woche Lohngelder aufzubringen.

Aus eigener Kraft.

Originalroman von H. Abt.

Copyright Greiner & Comp., Berlin.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Versteck dich nur," denkt der schöne Rudi, und ein diebisches Feuer ist in ihm — „ertappt hab ich dich doch. Und zapple nur, laß dich die Neugier plagen, ich helf dir so bald nicht heraus."

Die Neugier plagt sie wirklich. Oder ist's etwas anderes? Ein heimliches — Leidtun? Etwas wie Selbstvorwürfe? Trug sie wirklich Schuld daran? Ging er wirklich in der Rücksichtnahme auf sie so weit? Viel weiter, als sie es je erwünscht oder Herr Brömmelmann für ersprießlich erachtet hatte.

„Na, dann ist's gut," hatte der Chef ganz versöhnlich gesagt, als sie ihm in kurzer Rücksprache die absolute Harmlosigkeit dessen dargetan, was sein Mißfallen erregt hatte. Und wohlwollend hatte er noch hinzugefügt: „Für so'n Windhund wären Sie auch zu schade."

Wieder steigt ihr's heiß in das Gesicht, wie ihr das einfällt. Aber auch zwischen Herrn Müllenhof und dem Chef hatte sich's ganz gut gestaltet. Was lag nun dieser Kündigung zugrunde? Veränderungshalber? Die Veränderung mochte er wohl lieben. Vielleicht auch verbesserte er sich.

„Dann um so besser!" denkt Käthe Eilert und macht die Schultern steif. Rudolf Müllenhof aber lächelt in sich hinein, wie sie's am Abend eilig hat, das Kontor zu verlassen, und wie sich ihre Eile draußen auf der Straße um ein bedeutendes verringert, so daß einer, der nur ein bißchen rasch ausschritt, sie auf ihrem Wege bis zur Elektrischen leicht hätte einholen können. Es holte sie keiner ein. Der schöne Rudi aber rieb sich vor Vergnügen die Hände, und Käthe Eilert erwiderte anderen Tages seinen freundlichen Morgengruß mit kühlem Kopfneigen und noch kühlerem Blick. Und Neugier? — Als ob's ihr nicht total gleichgültig sein könnte, wie das zusammenhing!

Und so, in schöner beiderseitiger Gleichgültigkeit vergingen noch einige weitere Tage. Es war, als klapperte die Schreibmaschine geradezu rabiat, und Rudolf Müllenhof warf manchmal einen blinzelnden Blick herum.

Hm — na ja — aber schließlich, was hätte es groß noch für Zweck gehabt, wo in wenig mehr als einer Woche hier doch alles aus war.

Alles aus. — Manchmal will's ihm mit aller Gewalt nicht in den Sinn. Ja, so in der allerersten Zeit, wo ihn das Entbehren von dem und jenem doch manchmal eklig gezwackt hatte, da hatte er wohl gemeint, so gegen Monatsende würde er für gar nichts anderes mehr Sinn haben, als sich's auszumalen, wie er nach abgelaufener Prüfungszeit und gewonnener Wette sich für die ausgestandenen Entbehrungen in jeder Weise schadlos halten wollte.

Jetzt war ihm das so nebensächlich. Na ja, natürlich würde er seine Rückkehr in menschenwürdigere Verhältnisse mit irgendwas Solennem feiern, aber im Grunde — hatte er denn in diesen Wochen so fühlbare Entbehrungen erlitten? Die ersten Tage vielleicht, aber dann, wie so das Gewöhnen kam — das war's eben: die Macht der Gewohnheit — die gewaltigste Macht im menschlichen Leben — was war da groß zu verwundern, wenn's ihm schon ein paarmal scheinen wollte, als tue es ihm beinahe leid, in Wochenfrist hier seinem Drehschemel bei Heinrich Brömmelmann Valet zu sagen.

In Wochenfrist — rundum acht Tage noch. — Dann waren's nur noch sechs — dann fünf — dann drei.

Nein doch, nur noch zwei Tage! Der Letzte des Monats war ein Sonntag und zählte nicht mit.

Er fuhr ordentlich in die Höhe, wie ihm das mit dem Sonntag zum Bewußtsein kam. An seinem Pulte sitzend, starrte er auf den großen Abreißkalender an der Wand, wo's schwarz auf weiß zu lesen war: Freitag, der 29. Juli.

Mitten in seinem Starren sah er auf einmal hinter sich. Halb unbewußt war ihm eine plötzliche Stille aufgefallen: Fräulein Eilerts Schreibmaschine, die den ganzen Tag rastlos geklappert, war verstummt, und Käthe Eilert saß, den Kopf in die Hand gestützt und starrte ganz versunken auf den Abreißkalender an der Wand.

Der schöne Rudi störte sie in ihren Betrachtungen nicht, kehrte seine Augen wieder seinem Pulte zu, als schiebe sie plötzlich eine dunkle Wolkenwand voneinander dahinter im lichten Sonnenglanze eine endlose Perspektive unbegrenzter Möglichkeiten sich auftat, so triumphierte er in sich hinein: „Noch zwei volle Tage! Und der eine davon ein Sonntag!"

Und dann war's nur noch einer. Der letzte Tag, Sonnabend, wo das Kontor um fünf geschlossen wurde und es darum immer besonders viel zu tun gab. Und vollends wenn Sonnabend und Ultimo auf einen Tag fiel.

„Die Post — wie soll die Post heute fertig werden!" zeterte August Heinrich Brömmelmann. Doch sie wurde fertig. Mit dem Glockenschlag fünf war alles geschafft. Pustend und stöhnend ließ der Chef die erhobenen Arme, die wie ein paar ausgestreckte Meilenzeiger bald hier-, bald dorthin gedeutet, am Körper niederfallen, schnaufte noch einmal auf und schob sich schlürfend zu seinem Privatkontor hinüber. Die Tür ließ er offenstehen, was im Verein mit einer winkenden Handbewegung bedeuten sollte, daß sich nunmehr jeder weder sein monatlich Verdientes oder auch Unverdientes von ihm einfordern konnte.

Einer nach dem andern kamen die Angestellten der Aufforderung nach, und mit jedem, bevor er im Allerheiligsten verschwand, tauschte Rudolf Müllenhof einen Händedruck und ein paar verabschiedende Worte. Die an Hieronymus Körte gerichtete Bitte um ein treues Angedenken hörte sich ganz besonders innig an.

„Werd's besorgen, werd's besorgen!" kam die Versicherung zurück. (Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.